



Günther Fritz
VU-Präsident

Künftig doch weniger Netto vom Brutto?

Den Liechtensteinern bleiben von ihrem Einkommen durchschnittlich 59 Prozent zur freien Verfügung, den Schweizern nur 44 Prozent. Das Ergebnis der von Berno Büchel und Andreas Brunhart im Auftrag des Gesellschaftsministeriums durchgeführten Studie fasst Regierungsrat Mauro Pedrazzini so zusammen: «In Liechtenstein bleibt mehr Netto vom Brutto als in der Schweiz.»

Die beiden Wissenschaftler vom Liechtenstein-Institut haben zudem herausgefunden, dass die Lebenshaltungskosten in Liechtenstein ungefähr gleich hoch sind wie in der Schweiz. Der wissenschaftliche Wert dieser Studie darf zweifellos als sehr hoch eingeschätzt werden, da das Ergebnis Klarheit bringt, inwieweit Tarife und Lebenshaltungskosten in Liechtenstein mit denen in der Schweiz verglichen werden können.

Der politische Nutzen der Studie für Gesellschaftsminister Pedrazzini würde eigentlich auf der Hand liegen, wenn man an seinen Dauer-Tarifstreit mit den Leistungserbringern sowie die KVG-Revision und AHV-Reform denkt. Doch wenn man die verschiedenen Aussagen des Gesellschaftsministers unter die Lupe nimmt, so fragt man sich, wo nun wirklich der politische Nutzen sein soll. Es sei nicht seine Intention, sagte Pedrazzini, dies nun «als Freibrief zu sehen, den Menschen mehr Geld aus der Tasche zu ziehen». Ebenso wenig will der Gesellschaftsminister die Studie als Grund für künftige Steuererhöhungen benutzen. Zudem will er denjenigen, die sich gegen Sozialabbau wehren, auch kein schlechtes Gewissen einreden. Weshalb wollte er aber den wissenschaftlichen Beweis erbringen, dass die Liechtensteiner auf hohem Niveau jammern?

Freuen wird die Studie auf jeden Fall die Schweizer Nachbarn. Wenn es den Liechtensteinern aufgrund der niedrigen Steuerbelastung schon so viel besser geht, sollen sie sich unterstehen, den schweizerischen Grenzgängern eine Quellensteuer abzufordern. Und den vielen Liechtensteinern, die wegen der enormen Grundstückspreise und der hohen Wohnungskosten in Liechtenstein über den Rhein ziehen, will Pedrazzini offenbar sagen, dass sie falsch gerechnet haben. Freuen wird die Studie zumindest Finanzminister Adrian Hasler, der den AHV-Staatsbeitrag von 54 Millionen Franken im 2017 auf 20 Mio. im 2018 zur Sanierung des Staatshaushaltes kürzen will. Dient die Studie am Ende doch noch dazu, dem Mittelstand plausibel zu machen, dass am Ende weniger Netto vom Brutto gerechtfertigt ist?

In der Kolumne «Profil» äussern Exponenten der Vaterländischen Union (VU) ihre Meinung zu aktuellen Themen.